



## KONJUNKTURREPORT

11. Jg., Ausgabe 1, März 2011

### Aufschwung gewinnt an Breite

Nach dem Auslaufen von Konjunkturprogrammen nahm das Tempo der **weltwirtschaftlichen** Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2010 etwas ab. Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die Erholung 2011 fortsetzt und zunehmend von der privaten Endnachfrage getragen wird. Allerdings hat zuletzt aufgrund steigender Energie- und Nahrungsmittelpreise die Inflation spürbar angezogen.

In den **USA** ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach ersten Berechnungen im vierten Quartal 2010 um 0,7 % im Vergleich zum Vorquartal gestiegen, nach 0,6 % im dritten Jahresviertel. Positive Wachstumsbeiträge kamen von den privaten Konsumausgaben und den Unternehmensinvestitionen. Auch der Außenbeitrag trug zum Anstieg der Wirtschaftsleistung bei, da die Exporte von der lebhaften Auslandsnachfrage profitierten, während die Importe sanken. Im Gesamtjahr 2010 wuchs die US-Wirtschaft um 2,8 %, nach einem Rückgang um 2,6 % im Jahr 2009. In **Japan** sank die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schlussquartal 2010 um 0,3 %. Zu dem Rückgang im vierten Quartal trugen sinkende öffentliche Investitionen, private Konsumausgaben und Exporte bei. Hingegen wurden die Unternehmensinvestitionen ausgeweitet. Für das Gesamtjahr 2010 ergibt sich ein Anstieg des BIP um 3,9 %, nach einem Einbruch um 6,3 % im Jahr 2009. In **China** und den anderen **aufstrebenden Volkswirtschaften in Asien** setzt sich das starke Wirtschaftswachstum nahezu ungebrochen fort. In China stieg das reale BIP im vierten Quartal im Vorjahresvergleich um 9,8 %. Das Wachstum wurde vor allem von den Unternehmensinvestitionen und dem Außenbeitrag gestützt. Im Jahresdurchschnitt 2010 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 10,3 %, nach 9,2 % im Jahr davor.

(Fortsetzung Seite 8)

### Klimaschutz

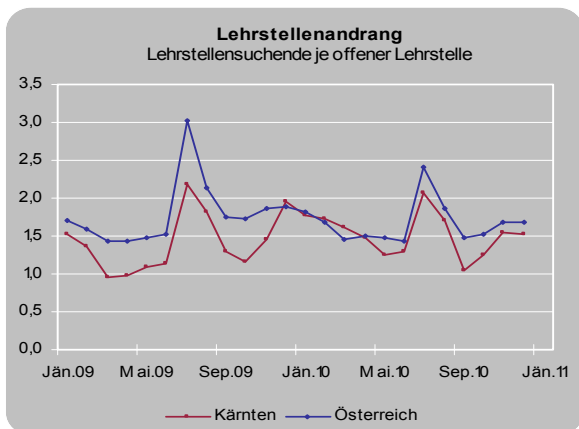
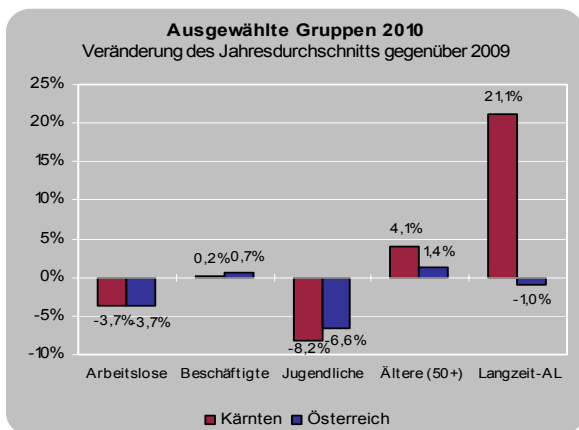
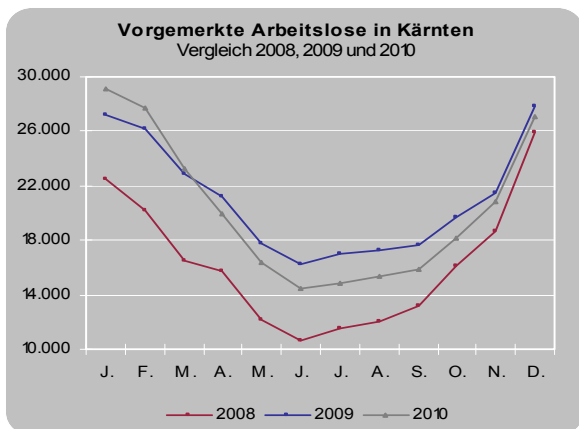
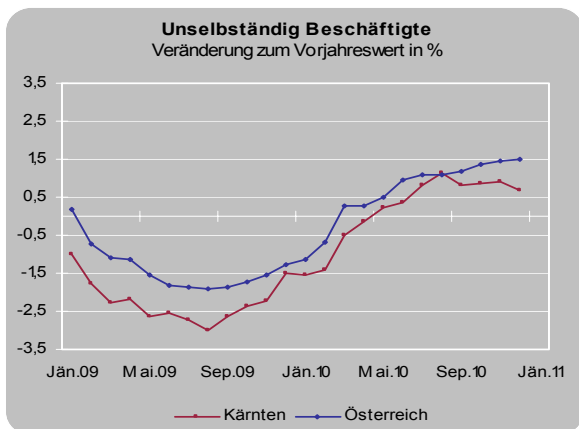
Von den Ausgaben September 2007 bis zum Schluss der Serie mit der vorliegenden Ausgabe des Konjunkturreports hat das IHS Kärnten vielerlei Aspekte der Energiepolitik, der Kyoto-Ziele, der Reduktion klimaschädlicher Emissionen, des Emissionshandels und vieler anderer Maßnahmen zur Erreichung des insgesamten Zieles einer Begrenzung der globalen Erwärmung auf einen Temperaturanstieg von maximal zwei Prozent dargestellt.

Insgesamt ist die bisherige Bilanz der Klimaschutzpolitik ernüchternd: große Emittenten klimaschädlicher Gase wie die USA, China und viele Schwellenländer haben Reduktionsverpflichtungen auf Grundlage des Kyoto-Protokolls nicht übernommen, die Verhandlungen um eine Nachfolgeregelung für die Post-Kyoto-Periode muss man als gescheitert betrachten, die Obama-Administration hat ihre klimapolitischen Ziele, konfrontiert mit einer republikanischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus, praktisch aufgegeben.

Der tristen Bilanz der Klimaschutzpolitik auf globaler Ebene stehen zwar viele positive Entwicklungen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gegenüber – von der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energieträger über die thermische Sanierung von Gebäuden und energiesparende Geräte bis zu Neuorientierungen in der Verkehrspolitik – doch bleibt die Frage, ob die Initiativen „von unten“ wirklich einen Beitrag zur Lösung des globalen Problems darstellen können.

Im internationalen Kontext sieht sich die Europäische Union und sehen sich einzelne Mitgliedstaaten der Union zu Recht in der Rolle von Vorreitern der Klimaschutzpolitik.

In erster Linie ist hier das Emissionshandelsystem zu nennen, das für große Emittenten aus Industrie und Energieversorgung eine insgesamt, im Zeitverlauf reduzierte absolute (Fortsetzung Seite 7)



Zum Jahresbeginn setzt sich – wenn auch nur zögerlich – die Entspannung am Kärntner wie auch am österreichischen Arbeitsmarkt fort. So beträgt im Februar 2011 die Zahl der arbeitslosen Personen in Kärnten 26.044 und liegt damit um 6,0 % unter dem Vorjahreswert (Österreich: 292.258; -6,6 %). Auch die Beschäftigungssituation verbessert sich zusehends: die Zahl der unselbständig Beschäftigten nimmt im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 % zu; dieser Zuwachs liegt jedoch unter dem Bundesdurchschnitt von +1,9 %.<sup>1</sup>

Traditionell erfolgt in der ersten Ausgabe des Konjunkturreports ein Rückblick auf die Arbeitsmarktentwicklung des vorangegangenen Kalenderjahres: im Jahresdurchschnitt 2010 beträgt die Arbeitslosenquote in Kärnten 9,0 % und liegt damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres (Österreich: 6,9 %; minus 0,3 Prozentpunkte). Nach wie vor ist die Arbeitslosenquote deutlich über dem Rekordtief des Jahres 2008 angesiedelt und es wird noch einige Zeit dauern, bis wieder die positive Arbeitsmarktsituation des Jahres 2008 erreicht sein dürfte. Gleichzeitig ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Kärnten mit +0,2 % nahezu unverändert geblieben (Österreich: +0,7 %). Die Zahl der Schulungsteilnehmer/innen beim Arbeitsmarktservice nahm im Jahresdurchschnitt um 25,2 % zu (Österreich: +14,2 %). Unverändert hoch ist auch die Anzahl der geringfügig Beschäftigten mit 19.509 Personen; knapp 67 % davon sind Frauen.

Besonders profitiert haben im Jahr 2010 die Männer (Arbeitslose: -6,2 %; Frauen: -0,2 %), nachdem sie im Jahr 2009 vom wirtschaftlichen Abschwung am stärksten betroffen waren. Auch die positive Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Kärnten ist hervorzuheben; diese liegt um 8,2 % unter dem Wert des Jahres 2009. Der Lehrstellenmarkt entwickelt sich in Kärnten ebenfalls günstiger als im Bundesdurchschnitt. Besonders ungünstig war – speziell in Kärnten – hingegen die Arbeitsmarktentwicklung bei den üblichen „Problemgruppen“ der Arbeitsmarktpolitik. Während die Arbeitslosigkeit insgesamt um 3,7 % zurückging, stieg die Arbeitslosigkeit von Älteren (50+) um 4,1 %, jene der Langzeitarbeitslosen sogar um 21,1 %. Österreichweit blieb der Bestand nahezu unverändert.

R.K.

<sup>1</sup> Mit 1. Jänner 2011 wurde auf Wunsch des BMASK die Statistik der unselbständig Beschäftigten des Hauptverbandes umgestellt. Diese Daten werden auch für die Jahre 2008 bis 2010 nachträglich rückgerechnet, liegen jedoch noch nicht vor; ein direkter Vergleich ist aus diesem Grund nicht mehr möglich.  
[http://ams.at/\\_docs/001\\_INFO\\_Beschaeftigtenstatistik\\_NE\\_U2011.doc](http://ams.at/_docs/001_INFO_Beschaeftigtenstatistik_NE_U2011.doc)

**Serie Klimaschutz (XIV, Schluss): Green Jobs in Kärnten**

Die nationale und internationale Klimapolitik steht vor großen Aufgaben: Der Verkehrssektor, welcher in Österreich zwischen 1990 und 2008 mit 60,8 % den größten Zuwachs an Emissionen zu verzeichnen hatte<sup>2</sup>, muss sich strukturell von Grund auf ändern, damit langfristig fossile Rohstoffe keine bedeutende Rolle mehr spielen. Die Erhöhung des Anteils Erneuerbarer in der Wärme- und Stromerzeugung stellt neue Anforderungen an bestehende Netzstrukturen. Im Bereich der Gebäude wurde mit dem geplanten Anstieg der Sanierungsrate auf 3 % bis 2020 ein hohes Ziel gesetzt.<sup>3</sup>

Die damit einhergehende Transmission zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft bzw. ein Strukturwandel in den vorhandenen Energieerzeugungsstrukturen wird zu einem nachhaltigen, wirtschaftlichen Anpassungsbedarf führen. Wurde einst das Verhältnis von Umwelt- und Wirtschaftspolitik als konkurrierend angesehen, soll jetzt durch die Energie- und Klimapolitik eine „doppelte Dividende“ erzielt werden. Einerseits sollen die Treibhausgasemissionen und die Importabhängigkeit bei fossilen Energieträgern verringert werden, andererseits gleichzeitig Arbeitsplätze, sogenannte Green Jobs, geschaffen werden.

Die Definitionen zu Green Jobs schwanken, ebenso wie Abschätzungen des Potentials dieses Beschäftigungsbereiches. Im Oktober 2010 präsentierte Umweltminister Berlakovich einen „Österreichischen Masterplan green jobs“<sup>4</sup>. Der Masterplan sieht mit der Umsetzung von gezielten Maßnahmen die Schaffung von 100.000 grünen Arbeitsplätzen bis 2020 vor.

Während Prognosen über die Entwicklung der Beschäftigung im Umweltbereich mit großer Unsicherheit belegt sind, soll ein von EUROSTAT – unter Mitarbeit der Statistik Austria – neu entwickeltes Konzept (EGSS – environmental goods and services sectors) helfen, die dynamische Entwicklung der Umweltwirtschaft messen und auf europäischer Ebene harmonisiert abbilden.<sup>5</sup> Die Statistik Austria

<sup>2</sup> Umweltbundesamt (2010). Klimaschutzbericht 2010. Wien.

<sup>3</sup> BMLFUW & BMWFJ (2010). Energiestrategie Österreich. <http://www.energiestrategie.at/>

<sup>4</sup> Lebensministerium (2010). Mehr Jobs durch green jobs! Österreichischer Masterplan green jobs. <http://umwelt.lebensministerium.at/article/articleview/84964/1/29434>

<sup>5</sup> STATISTIK AUSTRIA (2009). Umweltgesamtrechnungen. Modul – Umweltorientierte

berechnete nach dem neuen Konzept den Umsatz und die Beschäftigung der Umweltwirtschaft und schlüsselte die Ergebnisse nach Bundesländern auf.<sup>6</sup> Unter den Begriff EGSS fallen verschiedenste Güter, Technologien und Dienstleistungen, die sich wie folgt gliedern lassen:

- **Verbundene Güter:** In diese Kategorie fallen Güter, welche direkt und ausschließlich das Ziel des Umweltschutzes bzw. des Ressourcenmanagements verfolgen (z.B. Komponenten für Abfallbeseitigungsanlagen).
- **Umweltfreundliche Güter:** Güter dieser Kategorie belasten die Umwelt weniger stark (bei der Produktion, dem Verbrauch bzw. der Entsorgung) bzw. wurden effizienter als vergleichbare Güter hergestellt (z.B. Recyclingprodukte).
- **End-of-pipe Technologien:** In diese Kategorie fallen beispielsweise Abfallbeseitigungsanlagen. Zweck ist die Kontrolle sowie Behandlung/Beseitigung von bereits eingetretener Umweltbelastung und Ressourcenabbau.
- **Integrierte Technologien:** Diese Technologien zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Umwelt weniger belasten bzw. ressourceneffizienter sind (beispielsweise Recyclinganlagen).
- **Umweltdienstleistungen:** Sie dienen den Bereichen Umweltschutz oder Ressourcenmanagement (z.B. Abfallsammlung).

Neben der Gliederung in Güter, Technologien und Dienstleistungen erfolgt auch eine Aufbereitung der Daten in Umweltbereiche (vgl. Tabelle 1) sowie nach Wirtschaftsabschnitten. Das Feld „Management der Energieressourcen“ ist dabei sehr breit gestreut und umfasst die Bereitstellung erneuerbarer Energie, entsprechende Energietechnologien, ebenso wie den Gebäudebereich (Niedrigstenergie- und Passivhäuser, energetische Sanierungen).

**Tabelle 1: Umweltbereiche**

Umweltschutzaktivität	Ressourcenmanagementaktivität
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Luftreinhaltung u. Klimaschutz</li> <li>• Abwasserbehandlung, -vermeidung</li> <li>• Abfallbehandlung und -vermeidung</li> <li>• Boden-, Grund-, Oberflächenwasserschutz</li> <li>• Lärmschutz</li> <li>• Schutz d. biologischen Vielfalt u. Landschaft</li> <li>• Strahlenschutz</li> <li>• F&amp;E</li> <li>• Sonstige Aktivitäten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wassermanagement</li> <li>• Forstmanagement                             <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Management von natürlichen Waldressourcen</li> <li>○ Minimierung der Waldnutzung</li> </ul> </li> <li>• Natürlicher Pflanzen- und Tierbestand</li> <li>• Management der Energieressourcen                             <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Erneuerbare Energien</li> <li>○ Wärme-/Energieeinsparungen und Management</li> <li>○ Minimierung der nicht-energetischen Nutzung fossiler Energien</li> </ul> </li> <li>• Management mineralischer Rohstoffe</li> <li>• F&amp;E</li> <li>• Sonstige Aktivitäten</li> </ul>

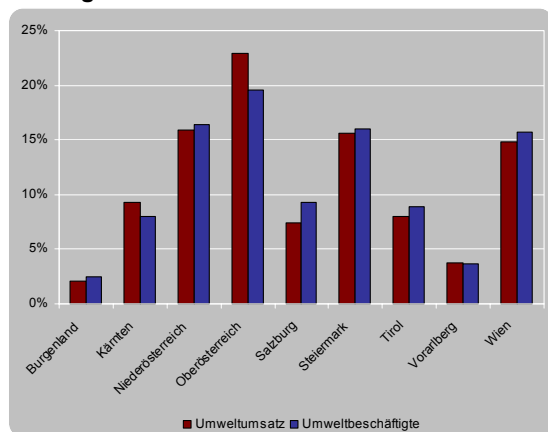
Quelle: Statistik Austria 2010, Eigene Darstellung

Produktion und Dienstleistung (EGSS), Pilotprojekt 2008. Umsatz und Beschäftigte in der Umweltwirtschaft. Wien.

<sup>6</sup> STATISTIK AUSTRIA (2010). Umweltgesamtrechnungen. Modul – Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung (EGSS) 2008. Auswertung nach Bundesländern. Projektbericht. Wien.

Insgesamt weist die Statistik Austria für 2008 einen Umweltumsatz von 29,8 Mrd. Euro aus, verbunden mit knapp 163.000 Beschäftigten (VZÄ). Oberösterreich liegt im Bundesländervergleich mit 22,9 % am Umweltumsatz und 19,6 % an den Umweltbeschäftigten an erster Stelle. Das Bundesland Kärnten trägt mit 9,3 % zum Umweltumsatz und mit 8 % zur Umweltbeschäftigung bei (vgl. Abbildung 1). Der Schwerpunkt der Umweltwirtschaft liegt in Österreich bei den Umweltdienstleistungen (45,2 % der Umweltbeschäftigten und 40,5 % des Umweltumsatzes) gefolgt von der Produktion von Umweltgütern. Während Oberösterreich bei **umweltfreundlichen Gütern** sowohl den größten Umsatz als auch die höchste Anzahl an Beschäftigten aufweist, führt Kärnten im Bundesländervergleich den Teilbereich der **verbundenen Güter** an (dazu zählen Komponenten für Umwelanlagen, Komponenten für erneuerbare Energien, Dämmstoffe etc.).

**Abbildung 1: Umweltumsatz und Umweltbeschäftigte nach Bundesländern**



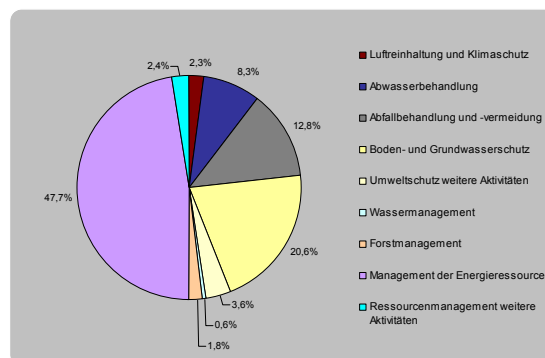
Quelle: Statistik Austria 2010, Eigene Darstellung

Bei Gliederung nach Umweltbereichen (vgl. Tabelle 1) zeigt sich, dass sich die **Ressourcenmanagementaktivitäten** stark auf den Bereich Energie konzentrieren. Dies trifft auch für Kärnten zu: Kärnten liegt nach Oberösterreich und Niederösterreich mit einem Umsatz von 1,9 Mrd. Euro im Bereich „Management der Energieressourcen“ österreichweit an dritter Stelle. Mit einem Anteil von 47,7 % hat dieser Bereich, bezogen auf die Umweltbeschäftigung, in Kärnten den höchsten Stellenwert (vgl. Abbildung 2 und Abbildung 3).

Damit zeigt sich, dass Kärnten trotz eines Anteils von weniger als 10 % an den österreichischen Umweltumsätzen und der Umweltbeschäftigung schwerpunktmäßig gut positioniert ist. Die Stärken der Kärntner Wirtschaft liegen demnach in der Produktion von Umweltgütern im Bereich Energie. Mit knapp 13.000 Beschäftigten in der Umweltwirtschaft wird deutlich, dass dieser Bereich ein wichtiger Arbeitgeber in Kärnten ist, wobei das Potential

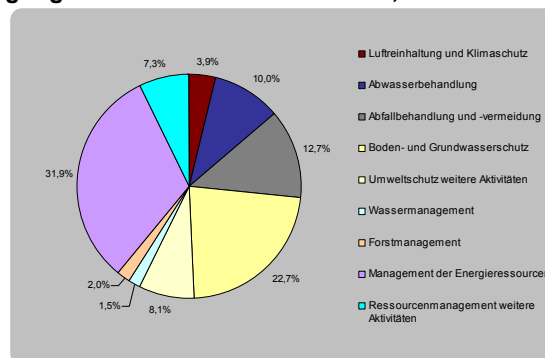
im Rahmen einer engagierten Energie- und Klimapolitik noch stark ausbaufähig ist.

**Abbildung 2: Verteilung der Umweltbeschäftigung 2008 nach Umweltbereichen, Kärnten**



Quelle: Statistik Austria 2010, Eigene Darstellung

**Abbildung 3: Verteilung der Umweltbeschäftigung 2008 nach Umweltbereichen, Österreich**



Quelle: Statistik Austria 2010, Eigene Darstellung B.F.

## Ölpreisanstieg als Gefahr für die Konjunktur?

Der Ölpreis ist in den vergangenen Wochen enorm angestiegen. In der Hochkonjunkturphase vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Ölpreis im Juli 2008 ein Rekordhoch von 146 \$ erreicht. Die Krise hat den Ölpreis auf 37 \$ im Dezember 2008 abstürzen lassen. Mit der Erholung der Weltkonjunktur ist der Preis wieder deutlich angestiegen bis auf ein Niveau von 75 – 85 \$ je Barrel (159 Liter) der Sorte Brent Mitte 2010 – ein Niveau das von vielen Experten als längerfristige Preismarke angesehen wird.

Die Unruhen im arabischen Raum, der für einen Großteil der Welterdölproduktion steht, der Umsturz in Tunesien und Ägypten, die Unruhen in Bahrain und die bürgerkriegsähnliche Situation in Libyen haben den Ölpreis bis auf knapp 120 \$ hochgetrieben. Der (partielle) Ausfall der Produktion in Libyen, das nur für etwa 2 Prozent der Welterdölproduktion steht, spielt dabei weniger eine Rolle, als die Befürchtung, dass die Unruhen im arabischen

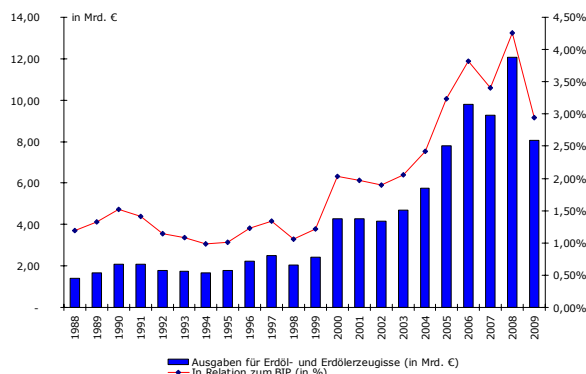
Raum in einer Art Dominoeffekt auch die Golf-Region, bis hin zum OPEC-Hauptförderland Saudi-Arabien, erreichen könnten. Durch eine deutliche Erhöhung der Ölproduktion soll Saudi-Arabien bereits für eine Dämpfung des Preisanstiegs gesorgt haben, der aktuell bei 115 \$ steht.

Der Anstieg des Ölpreises begründet Sorgen um den noch fragilen Aufschwung der Weltkonjunktur. Ein erstes Problem ergibt sich durch den Einfluss des Ölpreises auf die bereits steigende, in einigen Schwellenländern schon recht hohe Inflationsrate. Kritisch wird die Situation, wenn der Ölpreisanstieg wie nach der Vervielfachung des Erdölpreises in den siebziger Jahren zu sog. Zweitrunde-effekten führt, d.h. hohe, durch das Produktivitätswachstum nicht gedeckte Lohnforderungen und Lohnabschlüsse bewirkt, die wiederum zu Preissteigerungen führen usw. In den siebziger Jahren hat eine solche Entwicklung zunächst zu hohen Inflationsraten und schließlich zu einer Stabilisierungskrise geführt.

Ein weiterer starker Anstieg des Ölpreises, etwa über den Höchststand von 2008 hinaus, würde jedenfalls zu einer gravierenden Belastung der konjunkturellen Entwicklung führen. Skeptiker sehen die Gefahr, dass eine Abschwächung des Wachstums der Weltwirtschaft in eine neue Rezession münden könnte. Im Vergleich zu den siebziger Jahren, als starke Ölpreissteigerungen in eine Rezession geführt haben, hat sich allerdings die Ölabhängigkeit der Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verringert. Wichtig ist auch, dass ein höherer Ölpreis auch positive Nachfrageeffekte aus den Förderländern für die exportorientierten Unternehmen der westlichen Industrieländer bringt (während die ölabhängigen Entwicklungsländer besonders betroffen sind).

Jedenfalls bedeutet der steigende Ölpreis Mehrkosten in Milliardenhöhe für die Produktion und belastet mit steigenden Treibstoffkosten auch den privaten Konsum. Seit den 1970er Jahren hat sich die Wirtschaftsstruktur Österreichs zwar geändert, doch die potenziellen negativen Auswirkungen eines Ölpreisanstieges sind auch heute noch gravierend. Laut Außenhandelsstatistik hat der Wert der Einfuhren von Erdöl und Erdölprodukten sowie Erdgas nach Österreich seit dem Jahr 2000 deutlich zugenommen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt stiegen die Importe von rund 1,2 % im Jahr 1999 auf knapp 3 % im Jahr 2009 (siehe Abbildung 4).

**Abbildung 4: Ausgaben Österreichs für Importe von Erdöl- und Erdölzeugnissen sowie Erdgas**



Quelle: Statistik Austria 2011

Besonders hoch waren die Ausgaben Österreichs für Erdöl- und Erdgasprodukte im Jahr 2008. Lag der durchschnittliche Ölpreis (Brent Spot Price) im Jahresdurchschnitt 2007 noch bei rund 72 \$/Barrel so betrug er im Jahr 2008 knapp 97 \$/Barrel. Aufgrund des hohen Ölpreises stiegen die Einfuhren im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr wertmäßig um € 2,8 Mrd. auf über € 12 Mrd. bei annähernd gleichbleibenden Mengen. Ein im Jahresdurchschnitt um 25 \$ über dem Jahr 2010 liegender Ölpreis bedeutet für die für heimische Wirtschaft somit Mehrkosten von € 3 Mrd.

Soweit der Ölpreis nicht aufgrund der aktuellen politischen Unsicherheitsfaktoren steigt, sondern vor allem die hohe weltwirtschaftliche Nachfrage aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung reflektiert, ist daher eine große Gefahr für die Weltwirtschaft nicht zu sehen. Es war auch nicht der rekordhohe Ölpreis, der 2008 in die Krise geführt hat, sondern das Platzen von Vermögenspreisblasen aus ganz anderen Gründen. Die Unruhen im arabischen Raum machen allerdings auch deutlich, wie fragil der Aufschwung der Weltwirtschaft ist und wie groß die politischen Risiken sind, die bislang weitgehend vernachlässigt wurden und die durchaus auch ein Land wie China als Konjunkturlokomotive der Weltwirtschaft betreffen können.

H.J.B.

## Größere Gemeinden?

Aufgrund zahlreicher Gemeindefusionen und Eingemeindungen im Jahr 1972 ist die Gemeindestruktur in Kärnten nicht so zersplittert wie in Niederösterreich, der Steiermark und in Oberösterreich. 1972 hat sich die Zahl der Gemeinden von 203 auf 121 vermindert. Durch einige Gemeindetrennungen in den 1990er Jahren weist Kärnten heute 132 Gemeinden auf, wobei 11 Gemeinden weniger als 1000 Einwohner haben.

Im Vergleich zu Niederösterreich mit seinem 573 Gemeinden oder der Steiermark mit 542 Gemeinden ist für Kärnten ein dringender Handlungsbedarf im Hinblick auf die Gemeindestruktur nicht offensichtlich. Dennoch hat sich eine Diskussion um die Zusammenfassung von Gemeinden zu größeren Einheiten ergeben, die wohl auch im Rahmen des von LR Dr. Martinz initiierten Gemeindekonvents eine wichtige Rolle spielen wird.

Für diese Diskussion sind mehrere Überlegungen von Bedeutung:

- die Verflechtungen von Kern und Umland der Gemeinden
- das Leistungsangebot der Gemeinden für ihre BürgerInnen
- die Einnahmen- und Budgetsituation der Gemeinden
- die längerfristige demographische Entwicklung sowie
- die Perspektive einer weitreichenden Verwaltungsreform

In der räumlichen Struktur von Bevölkerung, Wirtschaft und Infrastruktur spielen die Verflechtungen von Gemeinden mit zentralörtlicher Funktion mit ihrem Umland eine wichtige Rolle. Diese sollten nicht durch Gemeindegrenzen durchschnitten werden, um eine gesamthafte Entwicklungsplanung, von der Raumordnung bis zur Verkehrsplanung, zu ermöglichen. So weist das Umland der größeren Städte enge Verflechtungen mit den jeweiligen Zentren auf, während autonome Gemeindeentscheidungen hier eher eine Konkurrenzsituation begründen, etwa bei Betriebsansiedlungen, als eine abgestimmte Planung, z.B. beim Ausweis von Gewerbegebieten, ermöglichen würden.

Das Leistungsangebot der Gemeinden für ihre BürgerInnen erfordert eine gewisse Mindestgröße und Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Sind einzelne Gemeinden hier zunehmend überfordert, bietet sich der Ausweg von Kooperationen und Zusammenschlüssen an, die in vielen Bereichen eine wachsende Rolle spielen – von Schul- oder Abwasserverbänden über Wirtschaftshöfe bis zur Lohnverrechnung und anderen administrativen Aufgaben. Allerdings ist damit auch eine Aushöhlung der Autonomie der einzelnen Gemeinden verbunden, sodass in einem weiteren Schritt die Fusion zu einer gemeinsamen, größeren und leistungsfähigeren Gemeinde naheliegen könnte.

Der wachsende Ausgabenbedarf der Gemeinden, etwa in den Bereichen Gesundheit und Pflege, hat viele Gemeinden in eine schwierige Budgetsituation geführt, die neue Initiativen und Investitionen fast unmöglich macht. Bei den eigenen Einnahmen der Gemeinden be-

stehen Spielräume praktisch nur insoweit, als gleichzeitig Leistungsverbesserungen angeboten werden können. Bei der Haupt-Einnahmequelle, dem Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, begünstigt der abgestufte Bevölkerungsschlüssel die größeren Gemeinden entsprechend den Aufgaben aus ihrer zentralörtlichen Funktion.

Die langfristige demographische Entwicklung bedeutet für Kärnten eine stagnierende und schließlich abnehmende Bevölkerungszahl, verbunden mit einer starken Alterung der Bevölkerung und verbunden mit einer weiteren Konzentration der Bevölkerung auf den Kärntner Zentralraum. Für den ländlichen Raum und für die eher peripheren Regionen des Landes mit ihrer Struktur kleinerer Gemeinden bedeutet diese Entwicklung einen wachsenden Druck aufgrund stagnierender / fallender Einnahmen und wachsender Belastungen durch fixe Infrastrukturkosten bei abnehmender Bevölkerungszahl. Die Zusammenfassung kleiner Gemeinden mit den jeweiligen sub-regionalen zentralen Orten wird daher längerfristig praktisch unausweichlich.

Die Perspektive einer weitreichenden Staats-, Verwaltungs- und Finanzverfassungsreform ist derzeit – trotz einer lange schon geführten Diskussion – weitgehend offen. Für die Länder und Gemeinden könnte sie (nach der Finanzausgleichsregelung bis 2013) eine erweiterte Steuerhoheit bringen, etwa in Form von Zuschlägen bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Klarerweise würden in beiden Fällen größere Gemeinden stärker von der erweiterten Steuerhoheit profitieren. Auch der Entfall der mittleren Verwaltungsebene der Bezirkshauptmannschaften (deren Aufgaben derzeit schon im Kompetenzbereich der beiden Statutarstädte liegen) mit der Übertragung von Aufgaben zum Teil an das Land, zum Teil an die Gemeinden, erfordert offensichtlich größere, entsprechend leistungsfähige Gemeinden.

Der Schaffung größerer Gemeinden könnte eine Auswertung internationaler Erfahrungen vorausgehen (so wurden vor wenigen Jahren die Gemeinden in Dänemark zu Einheiten von mindestens 20.000 Einwohnern (!) zusammengefasst) und es müsste den notwendigen Gemeindevolksbefragungen ein umfassender Prozess der Information und Meinungsbildung vorausgehen. Die Zusammenfassung von Gemeinden muss auch nicht in einem Zug flächendeckend erfolgen, sondern könnte in einigen Pilotprojekten entwickelt und erprobt werden – durchaus auch mit deutlichen Anreizen seitens der Landespolitik (wie im FAG 2008 bereits vorgesehen), wenn diese größere Gemeinden als zukunftsweisende Perspektive sieht.

H.J.B.

## Hidden champion (36): TMT- The Mobile Terminal Manage- ment GmbH

Hohe Wachstumsraten im Bereich der kommerziellen Luftfahrt führen weltweit zu Kapazitätsengpässen bei der Flughafeninfrastruktur. Zur Überwindung dieser Engpässe planen Flughafengesellschaften brachliegende Flugfelder zu reaktivieren oder Flughäfen zu erweitern.

Hier setzte die Gründungsidee von M.A. Thomas Melcher an: Er erkannte die Marktlücke der Bereitstellung flexibler Infrastruktur, um den reibungslosen Betrieb an Flughäfen in Umbauzeiten sicherzustellen bzw. kurzfristige Engpässe bei der Abfertigung von Passagieren (z.B. in Urlaubszeiten) zu gewährleisten. Zur Gründung des Unternehmens, das seit 2008 seinen Sitz in Villach hat, wurde vorerst auf dem Reißbrett ein mobiles Flughafen-Terminal entwickelt. Dieses ist so konstruiert, dass es in relativ kurzer Zeit aufgebaut und unter unterschiedlichen Verhältnissen verwendet werden kann. Gemeinsam mit Mag. Max Schintlmeister, einem Luftfahrtexperten und einem Team von Architekten, Designern und Kommunikationsfachleuten wurde diese Idee so weit konkretisiert, dass Ende 2009 die erste offizielle Präsentation vor der Luftfahrtindustrie erfolgen konnte.

TMT bietet den Flughafenbetreibern eine „Komplettlösung“ an: So verfügt die 310m<sup>2</sup> große Halle mit einer zeltartigen Außenhaut über genügend Endgeräte um 200 Passagiere in 2 Stunden abzufertigen. Eine Besonderheit ist auch das modulare System: Je nach Bedarf kann die Grundversion mit einer Abflug- und einer Ankunftsstelle beliebig erweitert werden. Der Auf- und Abbau des beweglichen Flughafens dauert lediglich eine Woche. Im Jänner 2011 wurde das mobile Terminal am internationalen Flughafen in Genf erstmals in Betrieb genommen, dort bleibt es während der Wintersaison. In dieser Zeit dient es dem Unternehmen auch zu Forschungszwecken und zur Präsentation gegenüber potentiellen Kunden und Medien.

Verhandlungen mit Kunden in Indien, Österreich, Indonesien und Italien, sind bereits so weit gediehen, dass noch dieses Jahr weitere TMTs an anderen Flughäfen folgen werden. Die Forschungsanstrengungen richten sich auf ständige Optimierung von Terminallösungen, durch die Vereinfachung der Installation und Deinstallation und die permanente Erweiterung der Produktpalette – beispielsweise durch spezifische Business Terminals oder Lösungen für den multimodalen Austausch, in dem ver-

schiedene Verkehrsströme miteinander verknüpft werden. M.S.

### Fortsetzung Kommentar: Klimaschutz

Obergrenze von CO<sub>2</sub>-Emissionen vorgibt und die entsprechenden Emissionszertifikate an Börsen handelbar macht, sodass für Emissionen ein Preis anfällt bzw. Emissionsreduktionen „zu Geld gemacht“ werden können.

Ebenso zählt zu dieser Bilanz der forcierte Ausbau der Erneuerbaren, deren Subventionierung allerdings für die Verbraucher mit hohen, rasch steigenden Kosten verbunden ist.

Insbesondere für energieintensive Industrien ergeben sich hieraus Kosten- bzw. Standortnachteile im internationalen Wettbewerb mit der Gefahr einer Verlagerung von Kapazitäten an kostengünstigere Standorte ohne strenge Klimaschutzziele. Zum Teil werden solche Kostennachteile durch Ausnahmeregelungen mehr oder weniger kompensiert, was die Effektivität des Klimaschutz-Instrumentariums beeinträchtigt. Finanzielle Belastungen kommen auf die EU-Mitgliedsstaaten zudem aus Leistungen für die Entwicklungsländer zu, die ihre Maßnahmen für den Klimaschutz abgegolten sehen möchten. Die Idee, internationales „Umwelt-Dumping“ durch Klimazölle zu verhindern, die Importen aus Ländern mit fehlenden oder geringen Umweltschutzkosten bzw. Kosten für CO<sub>2</sub>-Emissionen auferlegt würden, war bereits Diskussionspunkt in der letzten Verhandlungsrunde des GATT – mangels Chancen auf eine Einigung kam sie gar nicht mehr auf die Agenda der noch laufenden Doha-Runde der WTO.

Die globale Dimension des Problems macht jedoch, tragsicherweise, solche Fortschritte durch strikte Klimaschutzvorgaben der EU nutzlos bis kontraproduktiv im Hinblick auf die Eindämmung der Klimaerwärmung: wenn die EU ihre klimaschädlichen Emissionen reduziert oder etwa auch den Treibstoffverbrauch der gesamten Fahrzeugflotte vermindert, werden die entsprechenden Energieträger billiger und fördern damit den Energieverbrauch in den Ländern, die nicht an internationalen Abkommen zum Klimaschutz beteiligt sind. Was an Energie in der EU nicht verbraucht wird, wird so in anderen Ländern verbraucht, noch verstärkt dadurch, dass die geringere Nachfrage aus der EU die Preise von Energieträgern am Weltmarkt reduziert. Ein anderes Ergebnis wäre nur zu erreichen, wenn auf der Angebotsseite, insbesondere durch die Ölförderländer, zugleich eine preistreibende Verknappung betrieben würde und mehr Erdöl für die Versorgung in der Zukunft noch in den Lagerstätten bliebe.

Die von der Europäischen Union eingenommene Vorreiterrolle im Hinblick auf den Klimaschutz bewirkt damit – abgesehen davon, dass Europa nur für 12 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich ist – gar nichts. Nachdem ein internationales verbindliches Klimaabkommen nicht in Sicht ist, hilft aus diesem Dilemma nur eine internationale Beispielswirkung der europäischen Politik für andere Länder bzw. eine zunehmende Bedeutung von Initiativen zum Klimaschutz aus der Zivilgesellschaft. Ansonsten ist es vernünftig, sich auf eine deutliche Klimaerwärmung einzustellen und über Auswirkungen und Anpassungsmöglichkeiten nachzudenken. H.J.B.

### Fortsetzung: Konjunktur

Um einer drohenden konjunkturellen Überhitzung zu begegnen, wird die Wirtschaftspolitik zunehmend restriktiv. Vor allem die hohe Inflation stellt eine Herausforderung dar. Ersten Schätzungen zufolge ist im vierten Quartal die gesamtwirtschaftliche Produktion in der **EU** um 0,2 % und im **Euroraum** um 0,3 % gestiegen, nach 0,5 % bzw. 0,3 % im dritten Jahresviertel. Positive Wachstumsimpulse gingen vom privaten Konsum und den Nettoexporten aus, während die Anlageinvestitionen zurückgingen. Im Gesamtjahr 2010 nahm die Wirtschaftsleistung in der EU um 1,8 % und im Euroraum um 1,7 % zu, nach Rückgängen um rund 4 % im Jahr davor. Der Aufschwung sollte sich 2011 fortsetzen und dabei mehr und mehr vom Konsum und den Ausrüstungsinvestitionen getragen werden. Risiken gehen von der höheren Inflation und den Unsicherheiten an den Finanzmärkten im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in einigen Mitgliedstaaten aus.

In **Österreich** nahm die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im Zeitraum Oktober bis Dezember 2010 nach ersten Schätzungen um 0,6 % zu, nach 1,2 % bzw. 0,9 % im zweiten und dritten Quartal. Im Einklang mit der Abschwächung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs verloren die Ausfuhren an Dynamik. Gleichwohl trugen sie nach wie vor maßgeblich zur Erholung bei. Der außenwirtschaftliche Impuls erfasste auch die Ausrüstungsinvestitionen. Der private Konsum verzeichnete ein stetiges Wachstum. Hingegen blieben die Bauinvestitionen schwach. Von der lebhaften Auslandsnachfrage profitierte weiterhin insbesondere die Sachgütererzeugung. Jedoch ließ auch hier die Dynamik zum Jahresende nach. Die Vermögens- und Unternehmensdienstleistungen expandierten im vierten Quartal unvermindert, während die Konjunktur in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr gedämpft verlief. In der Bauwirtschaft war die Wertschöpfung neuerlich rückläufig. Im Ge-

samtjahr 2010 dürfte das BIP in Österreich um 1,9 % zugenommen haben, nach einem Rückgang um 3,9 % im Jahr 2009. Im laufenden Jahr sollte sich der Aufschwung fortsetzen und zunehmend auf die Binnenwirtschaft übergreifen. Die Investitionen werden von der gestiegenen Kapazitätsauslastung und den günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Der Konsum profitiert von der Besserung der Arbeitsmarktsituation. Belastend wirken die negativen Realeinkommenseffekte der gestiegenen Energiepreise.

Auch in Kärnten setzt sich die Konjunkturerholung fort. Im Jahresdurchschnitt 2010 (bis November) stieg der Produktionsindex in der Sachgütererzeugung um 20,4 %, während die Produktion in der Bauwirtschaft um 5 % eingeschränkt wurde. Für den gesamten produzierenden Bereich ergibt sich im Zeitraum Jänner bis Oktober ein Anstieg des Produktionsindex um 11,5 % (Österreich: 4,0 %). Gemäß der aktuellen Prognose des IHS Kärnten (zu den Details vgl. die Homepage des IHSK: [www.carinthia.ihs.ac.at](http://www.carinthia.ihs.ac.at)) wird das reale Bruttoregionalprodukt im Jahresdurchschnitt 2011 um 2,2 % steigen. Nachdem im vergangenen Jahr vor allem die Sachgüterproduktion von der weltwirtschaftlichen Belebung profitierte, werden im laufenden Jahr mit der anziehenden Binnennachfrage auch die konsumnahen Wirtschaftsbereiche am Aufschwung teilhaben. K.W.

### Ausgeschiedene Mitarbeiterinnen

Nach mehreren Jahren der Zugehörigkeit zum IHS Kärnten haben zum 31. Jänner 2011 Frau Dr. Franziska Rischkowsky und Frau Mag. Anneliese Michael ihre Mitarbeit beendet. Frau Dr. Rischkowsky ist nach Deutschland zurückgekehrt, Frau Mag. Michael hat einen wohnortnäheren Beschäftigungsort gesucht. Wir haben den Verlust dieser beiden, sehr engagierten Mitarbeiterinnen sehr bedauert. Die entstandenen Lücken im Mitarbeiterstab des IHS wurden durch Frau Mag. Beate Friedl (Energie- und Umweltökonomik) bzw. werden zum 1.4.2011 durch Frau Mag. Birgit Aigner (Public Finance) geschlossen.

### Impressum

**Herausgeber:** IHS Kärnten  
**Adresse:** Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt  
 Tel. (0463)592150, Fax DW 23  
**e-mail:** [info@carinthia.ihs.ac.at](mailto:info@carinthia.ihs.ac.at)  
**Website:** [www.carinthia.ihs.ac.at](http://www.carinthia.ihs.ac.at)

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG, der Wirtschaftskammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 07.03.2011